

Sächsische Politiker ins Grübeln gebracht

Die von der CDU Sachsen organisierte Anhörung am 17. November präsentierte die Misere der Borreliose im Freistaat eindrucksvoll von verschiedenen Standpunkten. Ute Fischer, Geschäftsführerin des Borreliose Bundes Deutschland e.V. ermahnte die Politiker, sich ihrer Verantwortung als Hüter des Grundgesetzes nicht zu entziehen. Borreliose-Patienten würden häufig menschenunwürdig behandelt und ihr Recht auf Unversehrtheit mit Füßen getreten. Dabei sprach sie die mangelhaft oder nicht ausreichend weitergebildeten Ärzte an, die unzuverlässige Labordiagnostik, die Laborgläubigkeit der Ärzte sowie veraltete unvollständige Leitlinien die Ärzte in ihrer Hilflosigkeit eher zum Abwimmeln verleiten würden, als sich fortzubilden.

Fischer prangerte ebenfalls die Statistik der Meldepflicht an, die kein realistisches Abbild der tatsächlichen Erkrankungszahlen liefern könne. Wegen fehlender Therapiestudien herrsche Therapieunsicherheit. Patienten seien auf geheime Weitergabe von Arztadressen angewiesen und reisten für Diagnose und Therapie zum Teil bis nach Bayern und Niedersachsen. Explodierende Gesundheitskosten durch Ärzteodysseen und überflüssige Labordiagnostik hätten keinen Effekt für die Patienten. Die Informationspolitik und die der Medien halte die Sächsischen Bürger fahrlässig dumm. Der Volkswirtschaftliche Schaden betrage ein Zigfaches der notwendigen Kosten, wenn Patienten durch Ignoranz ins gesellschaftliche und soziale Abseits getrieben werden.

Mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog unterstrich Jens Wriedt, Leiter der Borreliose-Selbsthilfegruppe Dippoldiswalde, die gesundheitspolitischen Forderungen an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Familien, Frauen und Jugend. Beeindruckend schilderte die Görlitzer Neurologin Dr. med. Elke Görtchen aufrüttelnde Schicksale von Borreliose-Kranken am Rande des Suizids und die Kostenschraube, die eine umfassende Betreuung einschränke. Alexander Krauß MdL, Stellvertretender Ausschussvorsitzender und Moderator der Veranstaltung, hatte Mühe, die vielen Wortmeldungen aus dem Auditorium, die am liebsten alle ihr Schicksal geschildert hätten, im zeitlichen Rahmen zu halten.

Denkwürdig blieben die Wortbeiträge von Dipl.-Med. Andreas Winkler, Beratungsarzt der AOK, der sich des Borreliose-Problems nicht bewusst war. Die Abgeordneten der Landesuntersuchungsanstalt verschanzten sich hinter den Richtlinien des Robert-Koch-Instituts, das - wie zwischen den Zeilen zu hören war - mit seinen Vorgaben die Meldepflicht-Statistik einenge. Die Ärztekammer sah sich selbst mit drei Wochen Vorlauf nicht im Stande, einen Vertreter zu schicken. Die Kassenärztliche Vereinigung blieb trotz Zusage der Veranstaltung unentschuldigt fern.